

TEUERUNGSREPORT

„Wen trifft die Teuerung?“



/ „Frauen bekommen die Teuerung bei den Grundbedürfnissen stärker zu spüren, bei Männern ist vor allem die Entwicklung der Treibstoffpreise relevant.“



/ INHALT

/ Woher kommen die hohen Preise?

/ Warum die Teuerung nicht alle gleich stark trifft

/ Wie stark wirkt sich die Inflation auf unterschiedliche Einkommen aus?

/ Warum die Teuerung Frauen besonders trifft

/ Wen trifft es noch härter?

/ Wie wir die Preise bremsen können

/ Woher kommen die hohen Preise?

Lange Zeit spielte sie in der öffentlichen Diskussion keine Rolle, jetzt ist sie in aller Munde: die Inflation. Elf Prozent betrug sie im Oktober laut Schnellschätzung der Statistik Austria. Österreich befindet sich, wie viele andere Staaten, in einer tiefen Teuerungskrise.

// Die Ursachen der hohen Inflation.

Während die Meinungen, wie die Inflation am besten zu bekämpfen wäre, teils auseinandergehen, herrscht weitgehende Einigkeit, was die Ursachen der Teuerungswelle angeht. Klar muss sein: Es ist eine Geschichte in mehreren Akten. Am Anfang steht der Ausbruch der Corona-Pandemie, der auf zahlreichen Märkten zu Preisverfällen führte und damit einer allgemein extrem niedrigen Teuerung. **Öffnungsschritte und nachgeholter Konsum** führten zu einem Anstieg der Preise im Vergleich zum Zeitraum des Pandemieausbruchs, in vielen Bereichen ließen statistische Effekte die Inflation hoch erscheinen. Meist handelte es sich dabei aber nur um die Rückkehr auf das alte Preisniveau. Als tatsächliches Problem erweisen sich die seit der Pandemie vorherrschenden **weltweiten Lieferengpässe** und die damit einhergehenden Verwerfungen im Welthandel. Diese führten vielerorts zu Angebotsknappheiten und somit zu steigenden Preisen.

/// Hohe Energiepreise schlagen sich in anderen Bereichen nieder

Mit Sommer 2021 entwickelte sich dann das, was wir heute als „Teuerungskrise“ bezeichnen. Zunehmende Aggressivität Russlands gegenüber der Ukraine sorgte bereits Ende 2021 für Unsicherheit auf den Energiemärkten und damit zu steigenden Preisen. Spätestens seit dem **Ausbruch des Kriegs in der Ukraine** ist diese Situation endgültig eskaliert. Der hohe Gaspreis treibt über das Merit-Order System auch den Strompreis, gleichzeitig haben die Treibstoffpreise ungewohnte Höhen erklommen. Das bekommen die Industrie, der Dienstleistungssektor und vor allem die privaten Haushalte zu spüren. Längst hat sich die Teuerung auch in anderen Bereichen niedergeschlagen. Die **Lebensmittelpreise** sind markant gestiegen, bei den **Mieten** kommt es aufgrund der Kopplung an den Verbraucherpreisindex zu drastischen Erhöhungen.

//// Maßnahmen der Politik wenig treffsicher

Die Politik hat auf die Krise bereits vielfach reagiert. Vier Teuerungspakete wurden mittlerweile verabschiedet. Neben strukturellen Maßnahmen, wie der teilweisen Abgeltung der kalten Progression oder der Indexierung vieler Sozialleistungen, wurde vor allem auf **pauschale Einmalzahlungen** gesetzt. Deren Treffsicherheit ist allerdings in vielen Fällen nicht gegeben. **Denn nicht alle trifft die Teuerung gleich stark.**

/ ENERGIE



Seit Mitte 2021 sind wir mit steigenden Gaspreisen konfrontiert, die einerseits auf Knappheit, andererseits auf Unsicherheiten auf den Märkten zurückgehen. Ausgelöst wurde dies durch die russische Aggression gegenüber der Ukraine. Seit dem Einmarsch Russlands hat sich diese Situation noch einmal drastisch verschärft. Über das Merit-Order-System treibt der Gaspreis auch die Stromkosten hierzulande, beschert vielen Stromerzeugern aber auch massive Übergewinne. Die Rechnung dafür bezahlen derzeit die Verbraucher:innen in Österreich.

/ TREIBSTOFFE



Auch an der Zapfsäule bekommen die Menschen in Österreich die Teuerung derzeit voll zu spüren. Zum einen liegt das am hohen Ölpreis, andererseits haben Treibstoffkonzerne auch ihre Gewinnmargen erhöht. Auch hier werden derzeit horrenden Übergewinne geschrieben.

/ LEBENSMITTEL



Mit Beginn des Jahres haben sich auch die Lebensmittel immer mehr zum Preistreiber entwickelt. Das hängt einerseits mit Angebotsknappheiten, andererseits mit hohen Weltmarktpreisen, etwa für Getreideprodukte zusammen. Zudem schlagen sich die hohen Energiepreise auch verstärkt in den Produktionskosten nieder und damit letzten Endes auch im Supermarktregal.

/ WOHNEN



Mieten und Betriebskosten steigen heuer und nächstes Jahr teils drastisch an. Im Verbraucherpreisindex sind diese Erhöhungen nur sehr schwach sichtbar, da es hier zu statistischen Verzerrungen kommt, die auch noch mit der Pandemie zusammenhängen. Die Kopplung privater Mietverträge an die Inflation lässt die Mieten derzeit entweder öfter, oder umso höher ansteigen.

/ GASTRONOMIE UND HOTELLERIE



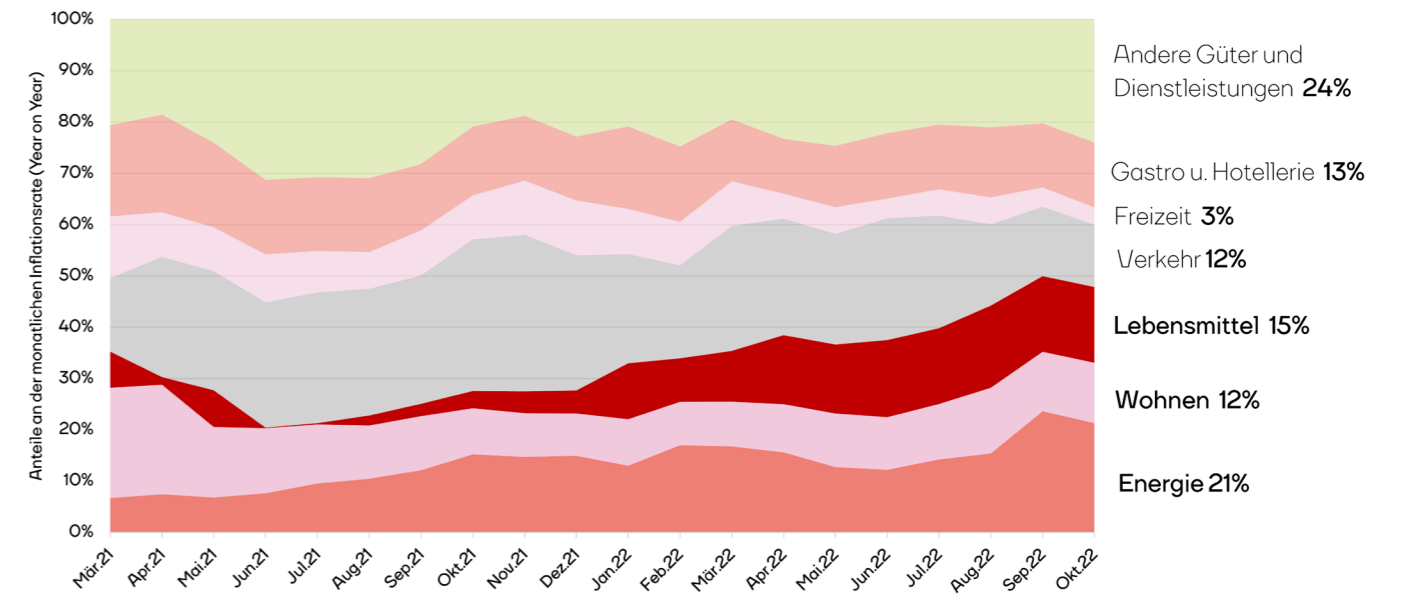
Viele Restaurants und Hotels haben Anfang des Jahres ihre Preise erhöht, da der Corona-bedingte reduzierte Mehrwertsteuersatz wieder auf das ursprüngliche Niveau zurückgehoben wurde. Die Senkung der Mehrwertsteuer wurde damals hingegen nicht an die Gäste weitergegeben. Mittlerweile führen auch die hohen Energiekosten zu steigenden Preisen, allerdings auch bei Betrieben, die weniger stark davon betroffen sind. Dort steigen damit wiederum die Gewinne.

/ Warum die Teuerung nicht alle gleich stark trifft

Nicht alle Haushalte bekommen die Teuerung derzeit in der gleichen Höhe zu spüren. Die Inflationsrate ist nämlich lediglich ein gewichteter Durchschnittswert aus allen Kategorien an Gütern und Dienstleistungen. Die Preise steigen schließlich nicht in allen Bereichen gleich an. Wie stark ein Haushalt von der Inflation betroffen ist, hängt von dessen Konsumgewohnheiten ab. Wer etwa einen größeren Anteil seines Einkommens für Energiekosten aufwendet, bekommt die Teuerung auch umso heftiger zu spüren. Das große Problem ist derzeit, dass vor allem die Grundbedürfnisse Wohnen, Energie und Lebensmittel die Hauptpreistreiber sind. Knapp die Hälfte der gesamten Inflation ist auf diese Bereiche zurückzuführen (Abb. 2). Diese sind vor allem für Haushalte mit geringem Einkommen relevant, denn dort dienen 47 Prozent der Ausgaben rein der Deckung der Grundbedürfnisse (Abb. 3). Im reichsten Einkommensfünftel sind es lediglich 27 Prozent. Wesentlich relevanter für die individuelle Teuerung sind dort die Bereiche Freizeit und Verkehr. Dort lässt sich der Konsum auch besser umschichten. Niemand wird zu bestimmten Freizeitaktivitäten gezwungen, wenn es ihm zu teuer ist. Anders sieht es bei den Grundbedürfnissen aus. Ob arm oder reich, essen müssen alle, genauso wie die Wohnung heizen.

Klar ist, dass auch innerhalb unterschiedlicher Gruppen die Betroffenheit von der Inflation teils deutlich variieren kann. Das zeigt sich auch bei den geschätzten Mehrkosten im Jahr 2022. Diese werden im untersten Einkommensfünftel im Median bei 1.100 Euro liegen (Abb. 4). Die Hälfte der Haushalte wird niedrigere, die andere höhere Mehrkosten zu verbuchen haben. Ein Viertel der Haushalte im ärmsten Fünftel ist heuer mit Mehrkosten von über 1.500 Euro konfrontiert.

Hälfte der Teuerung nur durch Wohnen, Essen und Heizen

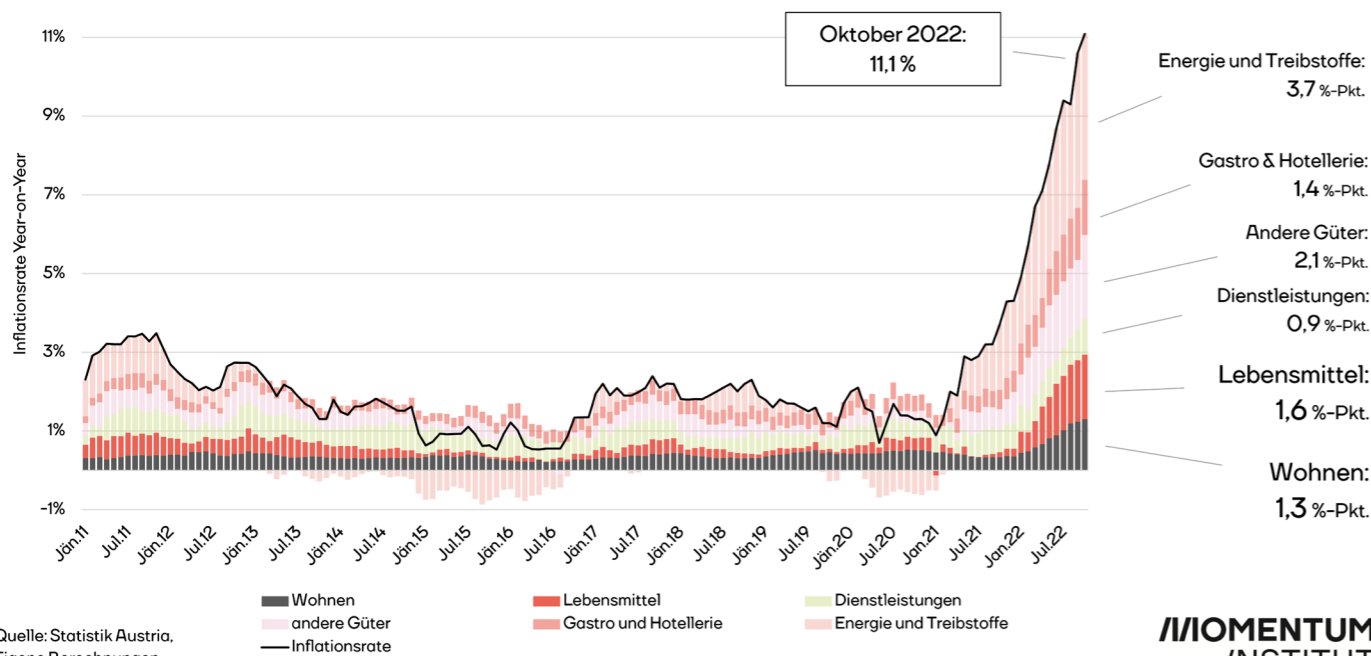


Quelle: Statistik Austria, Eigene Berechnungen.
 Lesehilfe: Im Oktober 2022 war ein Anteil von 15% der Inflationsrate auf gestiegene Lebensmittelpreise zurückzuführen, im März 2021 waren es lediglich 7%.

MOMENTUM
/INSTITUT

Abb. 2

Wohnen und Lebensmittel treiben Preise immer stärker

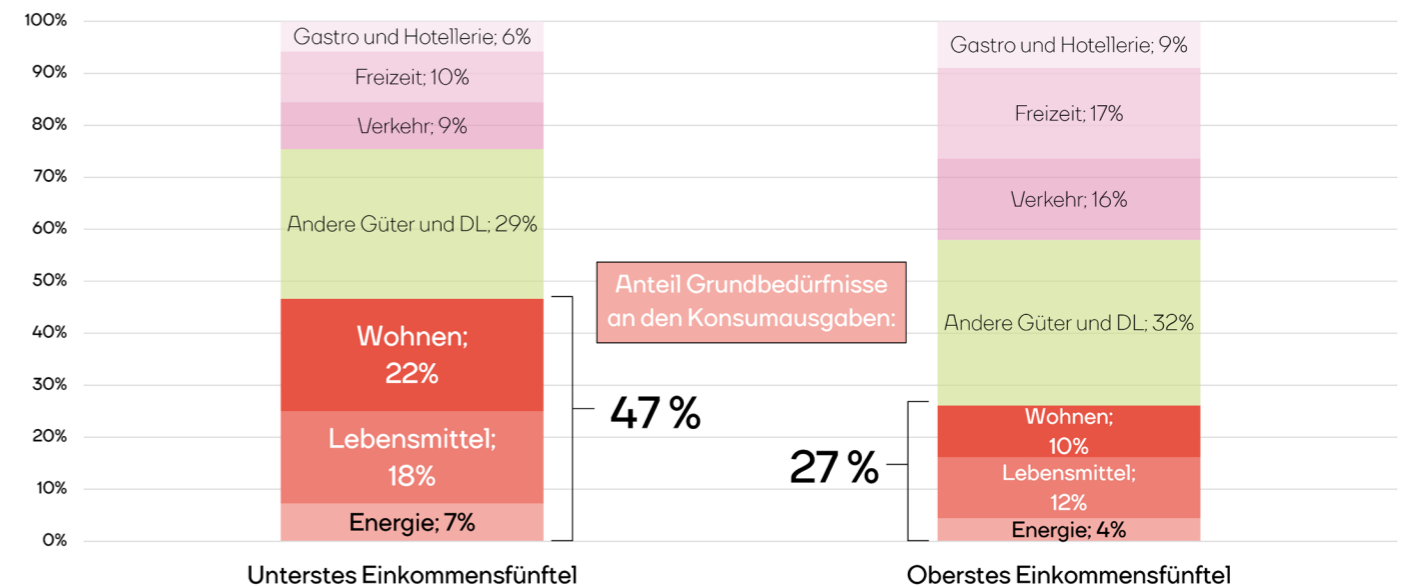


Quelle: Statistik Austria, Eigene Berechnungen

MOMENTUM
/INSTITUT

Abb. 1

Arme Haushalte müssen mehr für die Deckung der Grundbedürfnisse ausgeben



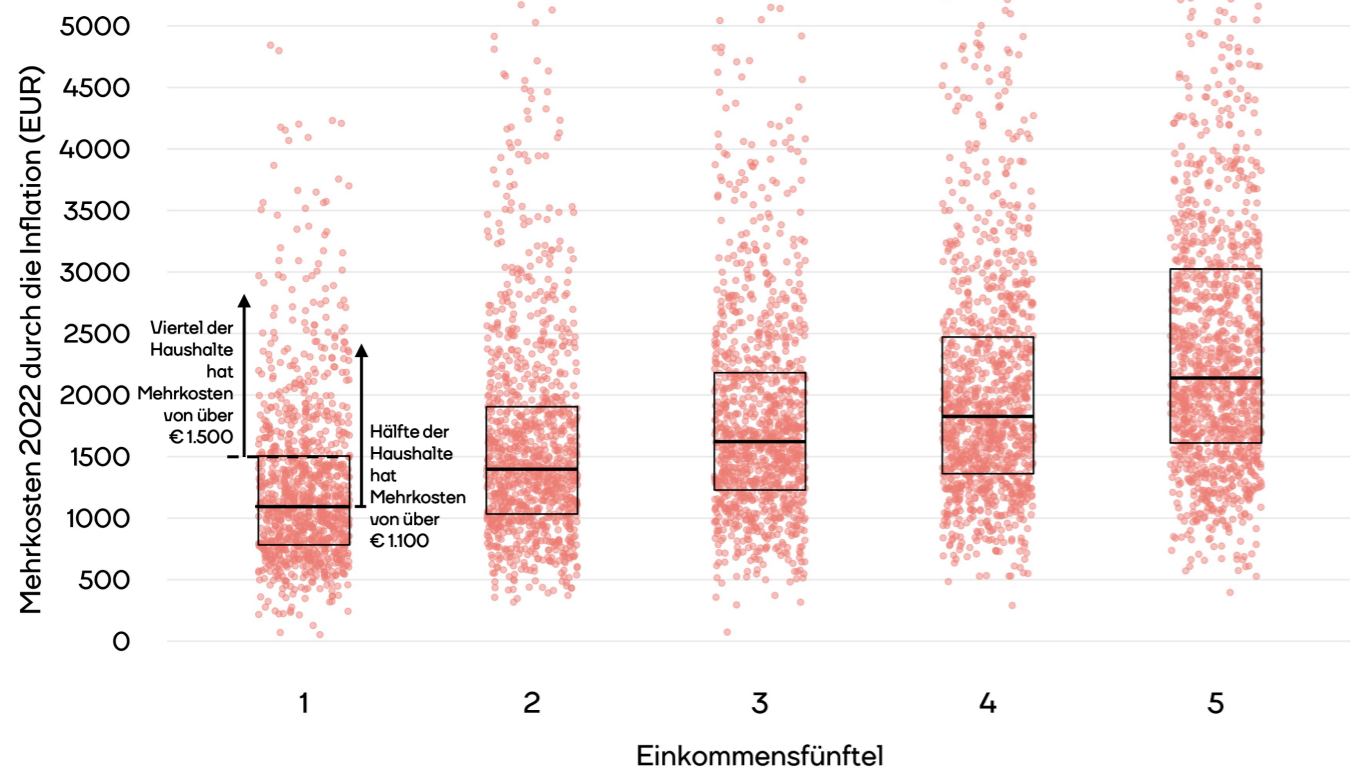
Quelle: Konsumerhebung 2019/20, Eigene Berechnungen

MOMENTUM
/INSTITUT

Abb. 3

Inflation trifft Haushalte unterschiedlich stark

Preisdeckel damit treffsicherer als Pauschalzahlungen



Anmerkung: Fünftel nach äquivalisiertem verfügbarem Haushaltseinkommen. Jeder Punkt stellt einen Haushalt dar. Boxplots zeigen den Median und sind durch das 25. und 75. Quantil begrenzt.

Quelle: Statistik Austria, Konsumerhebung 2019/20, Eigene Berechnung.

MOMENTUM INSTITUTE

Abb. 4

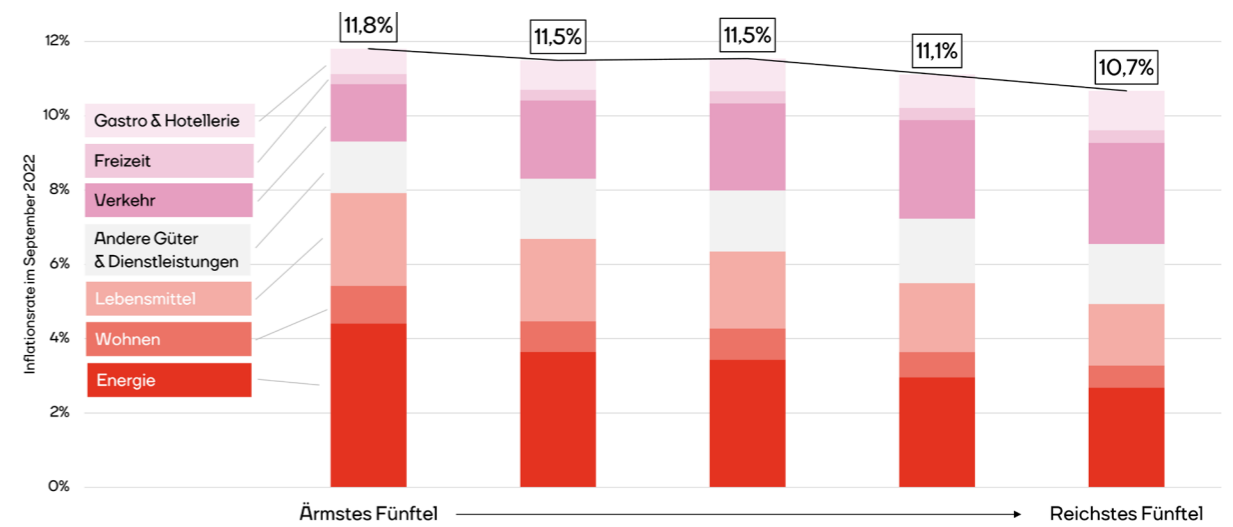
/ Wie stark wirkt sich die Inflation auf unterschiedliche Einkommen aus?

Welchen Einfluss die unterschiedlichen Preistreiber haben, zeigt ein Vergleich der Entwicklung der durchschnittlichen Inflationsrate des untersten mit jener des obersten Einkommensfünftels. Vor der Teuerungskrise waren ärmere Haushalte fast durchwegs mit einer hohen Inflationsrate konfrontiert, dieses Bild änderte sich jedoch im Frühjahr 2021. Ausgehend von steigenden Preisen bei Verkehr und Freizeit waren Haushalte mit hohem Einkommen im Vorjahr mit einer höheren durchschnittlichen Inflationsrate konfrontiert. Die Teuerungsrate im ärmsten Haushaltsfünftel liegt mittlerweile mit 11,8 Prozent jedoch wieder über jener der Bezieher:innen von hohem Einkommen. Diese lag im Oktober bei 10,7 Prozent. Wesentlich entscheidender als die ausgabenseitige individuelle Inflationsrate sind aber die Beiträge der Grundbedürfnisse, sowie die Teuerung in Relation zum Einkommen.

Von den 11,8 Prozent Inflation im untersten Fünftel waren im Oktober mit 7,9 Prozentpunkten mehr als zwei Drittel auf Preissteigerungen bei Wohnen, Energie und Lebensmitteln zurückzuführen (Abb. 5). Die Teuerung in diesen Bereichen ist für diese Haushalte besonders schmerzhaft, da es sich um Ausgaben handelt, die nicht vermieden werden können. Im obersten Fünftel machten die Grundbedürfnisse mit 4,9 Prozentpunkten weniger als die Hälfte aus.

In Relation zum Einkommen sind derweil Bezieher:innen niedriger Einkommen deutlich stärker von der Teuerung betroffen. Fast elf Prozent des verfügbaren Haushaltseinkommens kostet sie die Teuerung 2022 im Durchschnitt monatlich (Abb. 6). 5,4 Prozent fließen allein in die Deckung der Mehrkosten bei den Grundbedürfnissen Wohnen, Energie und Lebensmittel. Im reichsten Fünftel kostet die Teuerung heuer monatlich lediglich 5,3 Prozent des Einkommens. Die gesamten geschätzten Mehrkosten werden in diesem Jahr bei den ärmsten 30 Prozent der Haushalte in Österreich höher sein als ein gesamtes Nettomonatseinkommen (verfügbares äquivalisiertes Haushaltseinkommen) (Abb. 7). Das hat auch damit zu tun, dass die Konsumneigung bei ärmeren Haushalten deutlich höher ist. Vielfach muss das gesamte Einkommen direkt zur Deckung des Konsums verwendet werden, während mit steigendem Einkommen ein größerer Anteil gespart werden kann. Diese Ersparnisse helfen derzeit auch reicheren Haushalten bei der Deckung der inflationsbedingten Mehrkosten.

Je höher das Einkommen, desto niedriger die Teuerung

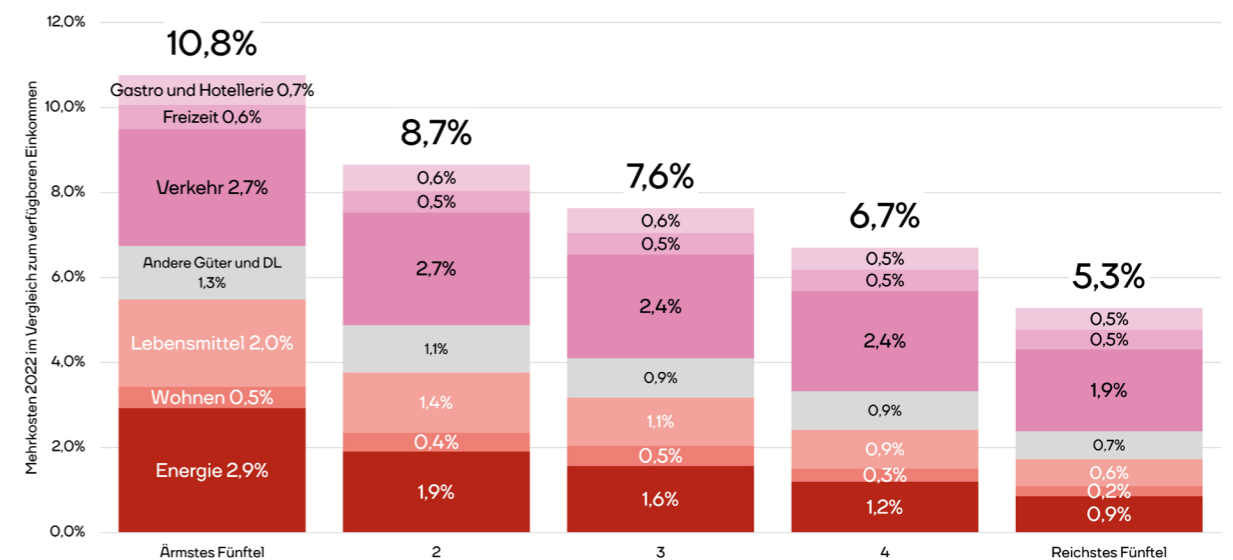


Quelle: Konsumerhebung 2019/20, Verbraucherpreisindex, Eigene Berechnungen. Anmerkung: Fünftel des äquivalisierten verfügbaren Haushaltseinkommens. Inflationsrate nach demokratischer Gewichtungsmethode.

MOMENTUM INSTITUTE

Abb. 5

Inflation trifft Haushalte mit weniger Einkommen stärker



Quelle: Konsumerhebung 2019/20, Statistik Austria, Eigene Berechnung. Anmerkung: Annahme einer Jahresinflation von 8,5%. Einkommen und Ausgaben bedarfsgewichtet auf Haushaltsebene.

MOMENTUM INSTITUTE

Abb. 6

Teuerung kostet die Ärmsten mehr als ein Monatseinkommen

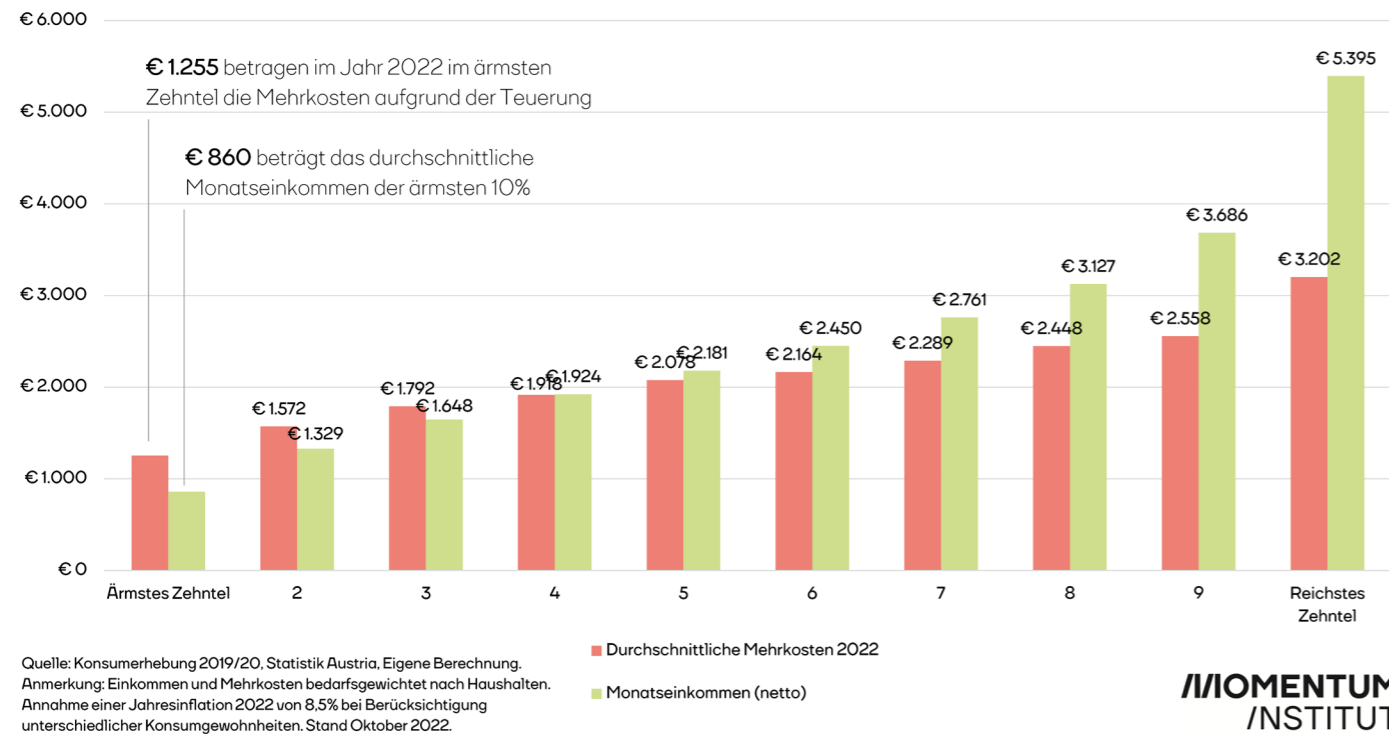


Abb. 7

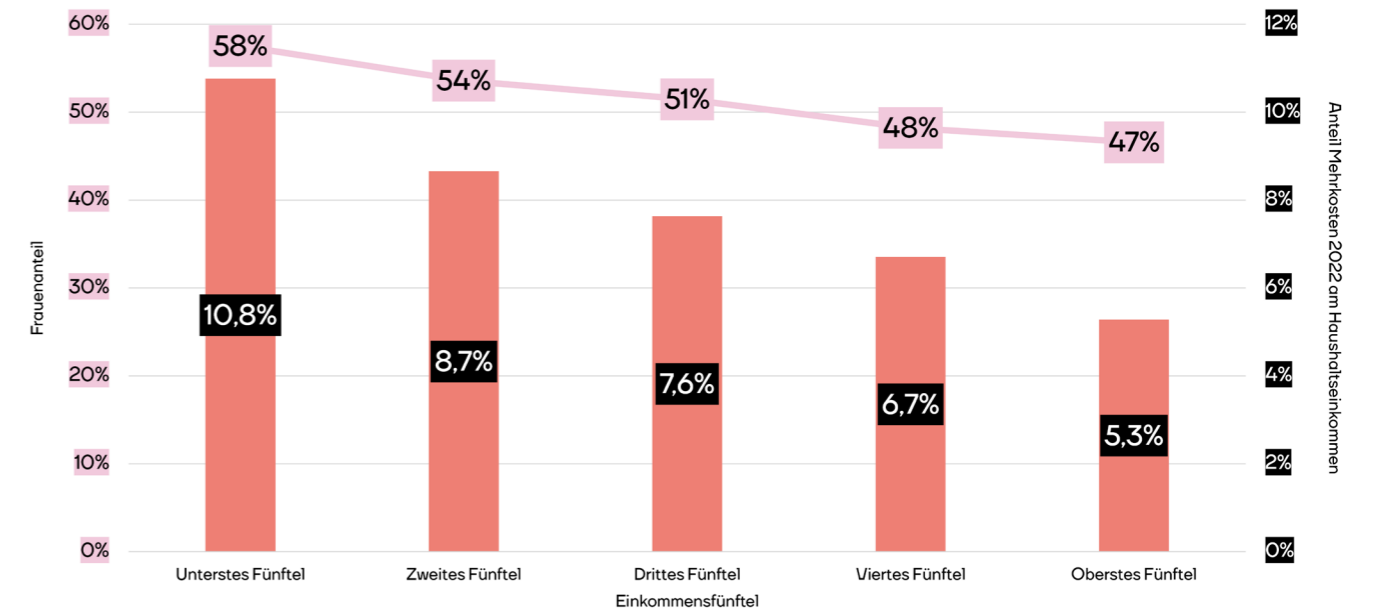
/ Warum die Teuerung Frauen besonders trifft

Neben der Einkommensdimension ist auch die Geschlechterverteilung der Teuerung relevant. Denn ebenso wie der Anteil der Mehrkosten am Einkommen nimmt auch der Frauenanteil in den Haushalten mit dem Einkommen ab. So liegt der Frauenanteil im untersten Einkommensfünftel der Haushalte bei 58 Prozent, im obersten Fünftel nur mehr bei 47 Prozent (Abb. 8). Frauen sind also überproportional in den unteren Einkommensgruppen vertreten. Genau dort ist aber auch die Belastung durch die teuerungsbedingten Mehrkosten am höchsten. 10,8 Prozent des Einkommens machen sie hier monatlich aus. Im reichsten Fünftel lediglich 5,3 Prozent.

Auch bei der Relevanz der Grundbedürfnisse in den Konsummustern zeigen sich Unterschiede nach Geschlecht. Selbst innerhalb der Einkommensfünftel spielen bei Frauen die Haushaltsausgaben für Wohnen, Energie und Lebensmittel eine bedeutendere Rolle als bei Männern. Bei letzteren dominieren vor allem die Ausgaben für den Bereich Verkehr. Die Preissteigerungen im Bereich der Grundbedürfnisse kostet bei Frauen im untersten Einkommensfünftel durchschnittlich 5,5 Prozent des verfügbaren Monatseinkommens (Abb. 9). Bei Männern um 0,4 Prozentpunkte weniger. Auch in den übrigen Einkommensfünfteln spielt die Deckung der Grundbedürfnisse bei Frauen eine größere Rolle im Haushaltsbudget als bei Männern.

Insgesamt trifft die Teuerung Frauen also stärker als Männer – vor allem jene im unteren Einkommensbereich.

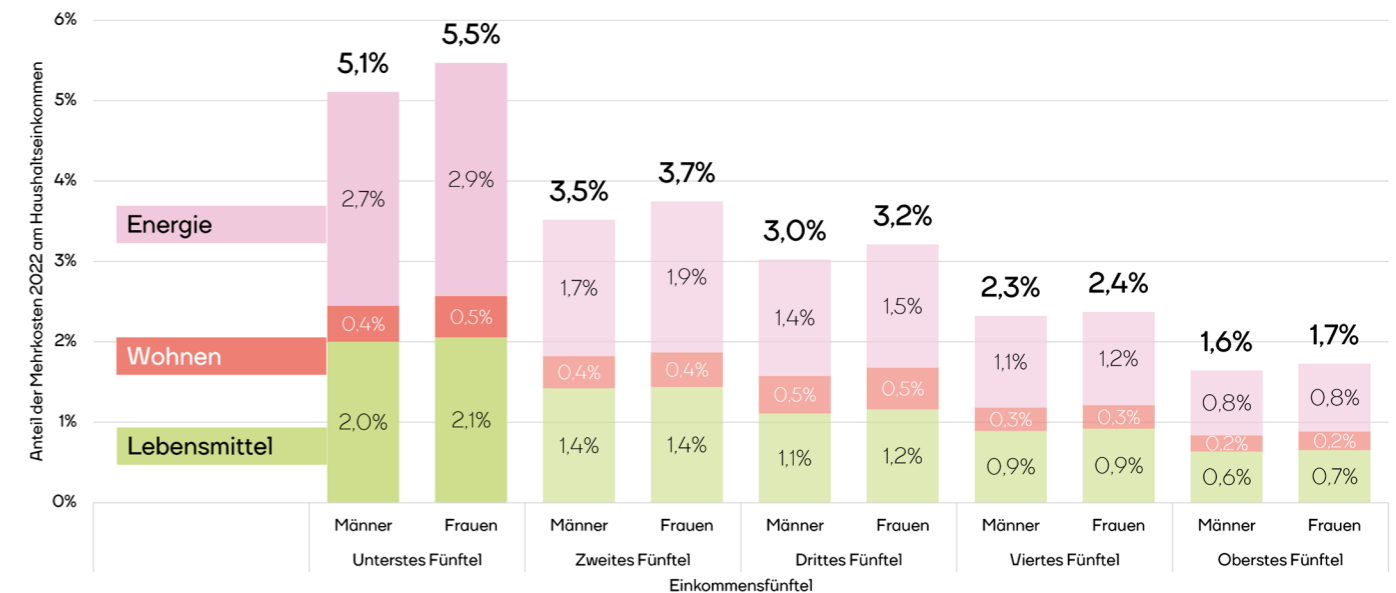
Im ärmsten Einkommensfünftel ist der Frauenanteil am höchsten



Quelle: Konsumerhebung 2019/20, Verbraucherpreisindex, Eigene Berechnung.
Anmerkung: Einkommensfünftel des äquivalisierten verfügbaren Haushaltseinkommens. Nur Haushaltsmitglieder ab 18 Jahren. Einkommen und Mehrkostenanteile jeweils für den gesamten Haushalt. Annahme einer Jahresinflation von 8,5 Prozent.

Abb. 8

Frauen deutlich stärker von der Teuerung der Grundbedürfnisse belastet



Quelle: Konsumerhebung 2019/20, Verbraucherpreisindex, Eigene Berechnung.
Anmerkung: Einkommensfünftel des äquivalisierten verfügbaren Haushaltseinkommens. Einkommen und Mehrkostenanteile jeweils für den gesamten Haushalt. Stand Oktober 2022. Annahme einer Jahresinflation von 8,5 Prozent.

Abb. 9

/ Wen trifft es noch härter?

Mit Blick auf den Erwerbstatus zeigt sich, dass die Inflation aktuell Pensionist:innen und Arbeitslose wesentlich stärker trifft, als Erwerbstätige. Pensionist:innen weisen derzeit eine Inflationsrate von 12,3 Prozent auf (Abb. 10). Davon sind 7,7 Prozentpunkte auf den Bereich der Grundbedürfnisse zurückzuführen. Im Unterschied zur Betrachtung nach Einkommensfünfteln machen sich bei den Pensionist:innen auch die gestiegenen Kosten für Verkehr sowie Gastronomie und Hotellerie bemerkbar.

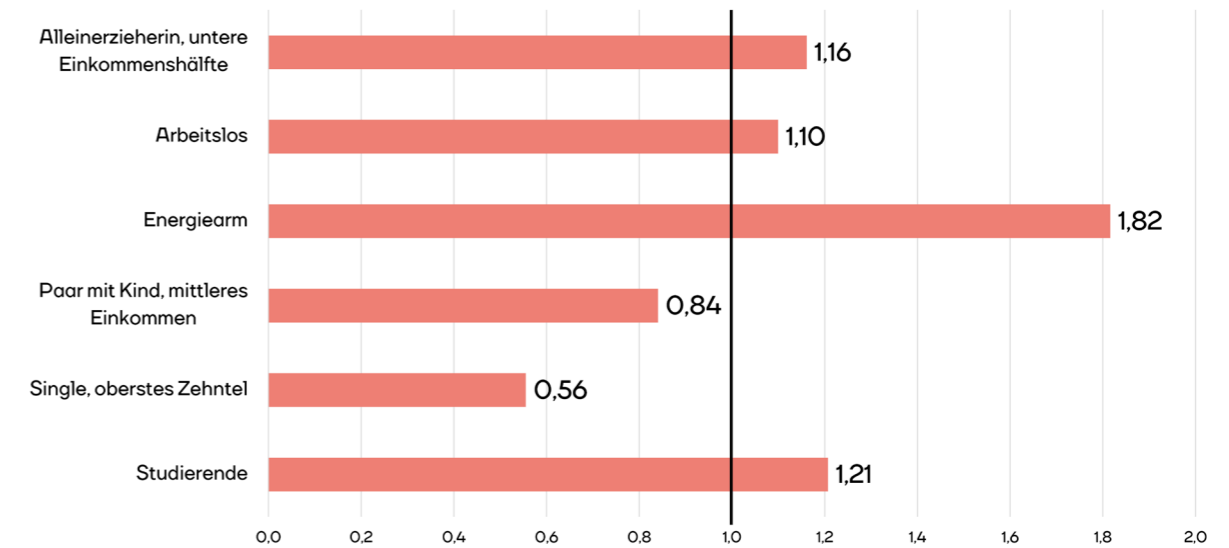
Bei den **Arbeitslosen** sind es mit einem Beitrag von 7,7 Prozentpunkten vor allem die gestiegenen Kosten für Wohnen, Energie und Lebensmittel, die zu einer überdurchschnittlichen Inflationsrate von 11,3 Prozent führen. Das sind fast drei Viertel der Teuerung, die rein auf die kaum vermeidbaren Ausgabenbereiche zurückzuführen sind. Hier drohen zahlreiche Menschen in Armut abzurutschen. Im Gegensatz zu den bald indexierten Sozialleistungen verliert das Arbeitslosengeld nämlich fortlaufend an Wert. Je länger eine Person arbeitslos ist, umso weniger ist ihr Einkommen real wert.

Eine weitere überproportional betroffene Gruppe sind **Alleinerzieherinnen aus der unteren Einkommenshälfte**. Ihre geschätzten Mehrkosten im Jahr 2022 machen das 1,16-fache eines monatlichen Nettoeinkommens aus (Abb. 11). Speziell in dieser Gruppe schlagen auch die jahrelangen Wertverluste von Leistungen wie der Familienbeihilfe oder dem Schulstartgeld zu Buche. Diese werden zwar künftig indexiert, letzteres liegt damit allerdings immer noch deutlich unter dem ursprünglichen Wert aus dem Jahr 2011.

Bei **Studierenden** macht sich die Teuerung insbesondere in den Bereichen Lebensmittel und Gastronomie bemerkbar. Schwer wiegen dabei vor allem die Mehrkosten in Relation zum Einkommen. Dieses beträgt für einen Studierendenhaushalt im Durchschnitt lediglich 1.030 Euro (auf einen Ein-Personen-Haushalt gerechnet). Das 1,21-fache eines solchen Monatseinkommens muss ein Studierendenhaushalt in diesem Jahr zur Deckung seiner durch die Teuerung verursachten Mehrkosten aufwenden.

Die Gruppe, welche derzeit mit Abstand am stärksten unter der Teuerung leidet, sind **energiearme Haushalte**. Das sind jene, deren Energiekosten das 1,4-fache der mittleren Energieausgaben ausmachen und deren Einkommen weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens beträgt. Diese Haushalte sind also armutsgefährdet, als auch von extrem hohen Energiekosten belastet. Ihre Teuerungsrate liegt derzeit bei 14,7 Prozent. In Relation zum Einkommen ist die Lage für diese Gruppe ebenso dramatisch. Die Mehrkosten 2022 betragen im Durchschnitt das 1,82-fache eines Monatseinkommens (Abb. 12).

Mehrkosten 2022 im Vergleich zum Monatseinkommen

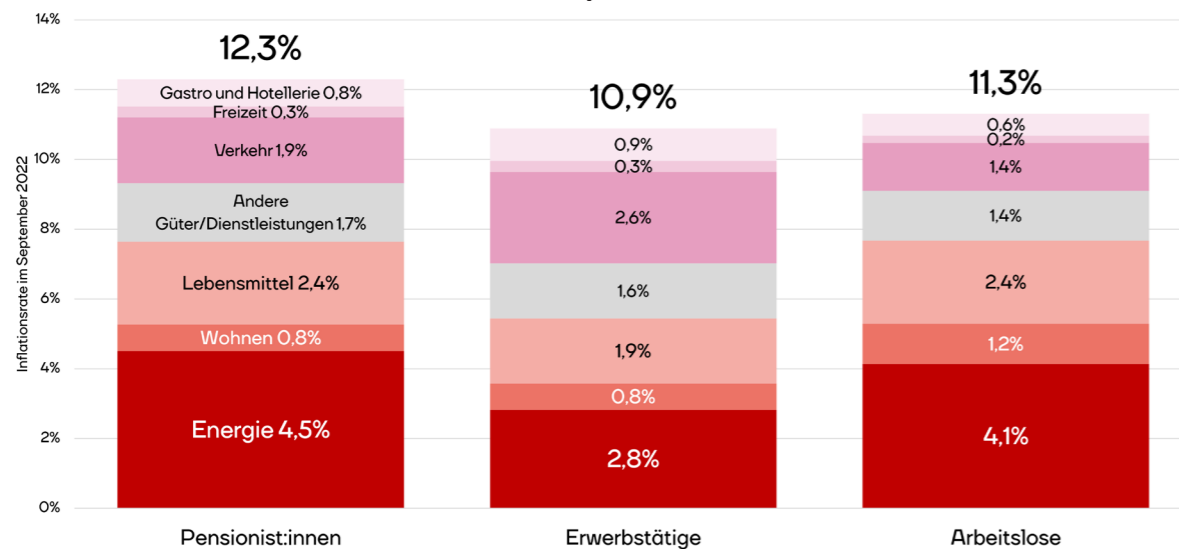


Quelle: Konsumerhebung 2019/20, Statistik Austria, Eigene Berechnung.
Anmerkung: Annahme einer Jahresinflation von 8,5%, Stand Oktober 2022. Einkommen und Ausgaben bedarfsgewichtet.

MOMENTUM
/INSTITUT

Abb. 11

Pensionist:innen spüren Preise stärker

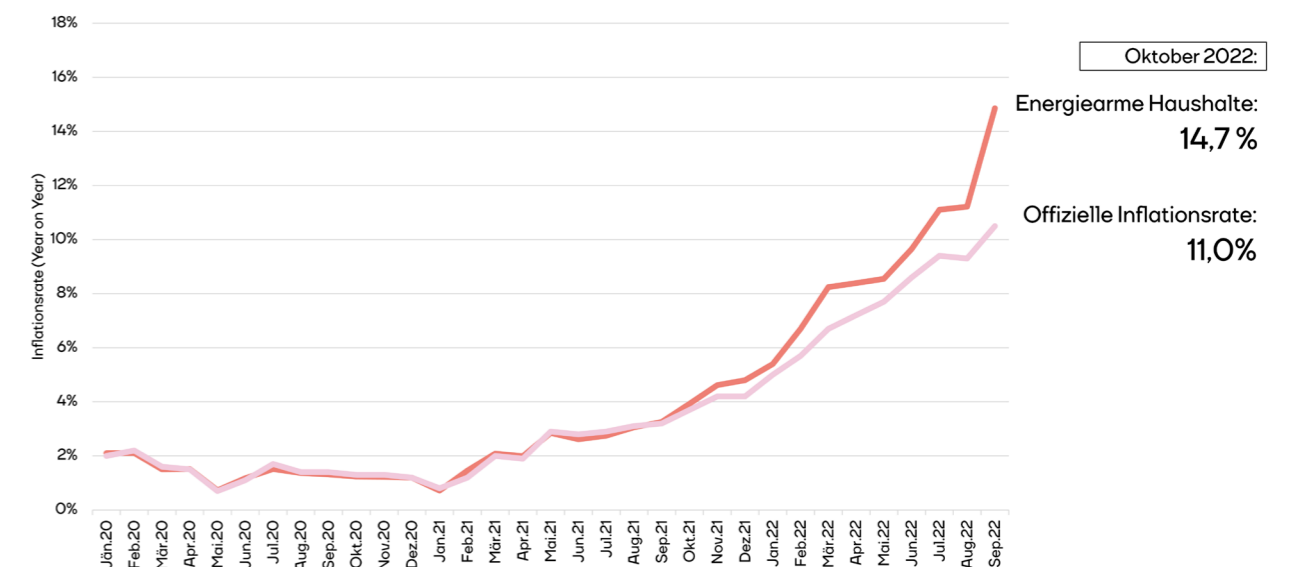


Quelle: Konsumerhebung 2019/20, Statistik Austria, Eigene Berechnung.
Lesehilfe: Dargestellt sind die durchschnittlichen Beiträge zur Inflationsrate im Oktober 2022. Von den 12,3% Inflation bei Pensionist:innen waren 4,5 Prozentpunkte auf den Bereich Energie zurückzuführen.

MOMENTUM
/INSTITUT

Abb. 10

Energiearme Haushalte sind die größten Verlierer der Teuerung



Quelle: Konsumerhebung 2019/20, Statistik Austria, Eigene Berechnung.
Anmerkung: Als energiearm gelten Haushalte, deren Energiekosten 140% des Medians betragen und deren Einkommen weniger als 60% des Medianeinkommens beträgt. Einkommen und Ausgaben äquivalisiert.

MOMENTUM
/INSTITUT

Abb. 12

/ Preissteigerungen bei den Grundbedürfnissen Wohnen, Energie und Lebensmittel machen im ärmsten Fünftel mehr als zwei Drittel der Teuerung aus.



/ Wie wir die Preise bremsen können

Bislang hat die Bundesregierung in ihren Anti-Teuerungspaketen vor allem auf Einmalzahlungen gesetzt. Diese helfen zwar im Durchschnitt recht gut, über alle Einkommensgruppen hinweg die schwersten Folgen der Teuerung abzufedern. Jedoch weisen die individuelle Inflationsrate und damit auch die Mehrkosten über alle Gruppen hinweg eine große Streuung auf. Energiearme Haushalte haben nichts davon, wenn der Durchschnittshaushalt im untersten Einkommensfünftel kompensiert wird. Überdies wird der Effekt der pauschalen Einmalzahlungen im kommenden Jahr verpufft sein, die Teuerung allerdings wohl noch Monate andauern. Effektiver wären nunmehr Maßnahmen, die die Inflation auch tatsächlich dämpfen. Von diesen liegen genügend auf dem Tisch, umgesetzt wird davon bislang aber lediglich die Strompreisbremse.

Weitere Maßnahmen zur effektiven Abfederung der Teuerung wären:

/ Gaspreisdeckel

In Deutschland wird er kommen, hierzulande wird noch zugewartet: Ein gedeckelter Grundbedarf beim Gasverbrauch der Haushalte. Ein Gaspreisdeckel nach deutschem Vorbild würde jene Menschen entlasten, die nach wie vor auf Gasheizungen angewiesen sind und keine Möglichkeit zum Heizungstausch haben. Als zusätzlicher Anreiz zum Energiesparen wäre sowohl bei der Strompreisbremse, als auch beim Gaspreisdeckel ein Energiespartarif sinnvoll. Während der Grundverbrauch so günstiger wird, verteuert sich übermäßig hoher Verbrauch. Eine gezielte Deckelung von Preisen mit entsprechenden Regelungen für armutsgefährdete oder energiearme Haushalte wäre sozial treffsicherer als pauschale Einmalzahlungen.

/ Mietpreisbremse

Private Mieten sind in Österreich großteils über Wertsicherungsklauseln an die Inflation gekoppelt. Ist diese hoch, kommt es entweder zu umso stärkeren oder umso häufigeren Mieterhöhungen. Die Richtwertmieten wurden bereits im April 2022 um 5,8 Prozent erhöht. Im kommenden Frühjahr steht die nächste Anpassung am Plan. Diese wird dann 8,5 Prozent betragen, sofern die letzte Inflationsprognose des Wirtschaftsforschungsinstituts für das Jahr 2022 eintritt. Die Kategoriemieten steigen jedes Mal, sobald der Verbraucherpreisindex eine Schwelle von fünf Prozent überschreitet. Das hat heuer schon zu drei Erhöhungen geführt. Am freien Markt sind Wertsicherungsklauseln nicht vorgeschrieben, aber im Grunde die Regel. Eine ähnliche Dynamik ist hier zu beobachten. Durch die steigenden Mieten ist in Österreich bereits der Beginn einer Mietpreisspirale zu beobachten: Die Mieten steigen aufgrund der hohen Inflation, kurbeln aber selbige damit weiter an – eine Mieterhöhung bestimmt damit schon die nächste mit. Diese Spirale ließe sich mit einer Mietpreisbremse brechen, indem Mieterhöhungen für die Phase der hohen Teuerung generell ausgesetzt werden, oder die Anpassungen nur mehr um einen festgelegten maximalen Prozentsatz durchgeführt werden dürfen. Beispiele dafür finden sich in Europa mit Spanien, Portugal und Frankreich bereits einige. Diese Maßnahme würde die Haushalte besonders treffsicher im Bereich der Grundbedürfnisse entlasten.

/ Mehrwertsteuersenkungen

Zusätzliche Entlastung im Bereich der Grundbedürfnisse bringt eine Mehrwertsteuersenkung auf ausgewählte Grundnahrungsmittel. Richtig ausgestaltet entlastet diese Haushalte mit geringem Einkommen sowohl relativ, als auch absolut am stärksten. Anders als bei der Mehrwertsteuersenkungen in Gastronomie und Hotellerie während Corona muss in diesem Falle aber das Preisgesetz gelten. Dieses bestimmt, dass Steuersenkungen auch tatsächlich an die Konsument:innen weitergegeben werden müssen. Im erwähnten Fall kam das Preisgesetz nicht zur Anwendung, von der Mehrwertsteuersenkung profitierten vor allem die Restaurant- und Hotelbetriebe.

**/ Energiearme
Haushalte kostet
die Teuerung 2022
im Schnitt das 1,8-
fache eines Monats-
einkommens.**



**//MOMENTUM
/INSTITUT**

Märzstraße 42/1
1150 Wien

kontakt@momentum-institut.at
www.momentum-institut.at